



N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

19. Wahlperiode - 46. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Dezember 2018, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)

Vorsitzende

Abg. Tim Brockmann (CDU)

Abg. Claus Christian Claussen (CDU)

Abg. Hans Hinrich Neve (CDU)

Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)

Abg. Stefan Weber (SPD)

Abg. Kathrin Wagner-Bockey (SPD)

Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Jan Marcus Rossa (FDP)

Abg. Claus Schaffer (AfD)

Abg. Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Abg. Stephan Holowaty (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „IT-Verbund Schleswig-Holstein“	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1084	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/1780	
2.	Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein (Abschiebungshaftvollzugsgesetz Schleswig-Holstein - AHaftVollzG SH)	7
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/939	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/1474	
3.	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag - 22. RÄStV)	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1061	
4.	Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Landesverwaltungsgesetzes des Landes Schleswig-Holstein	9
	Gesetzentwurf der Volksinitiative zum Schutz des Wassers Drucksache 19/1092	
5.	„Reichsbürger*innenbewegung“ in Schleswig-Holstein	10
	Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 19/1069	
6.	Landesprogramm zum Schutz der Böden und zur Minderung des Flächenverbrauchs	11
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1010	
7.	Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte schaffen	12
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1070	

- | | | |
|------------|--|-----------|
| 8. | Schaffung eines „Modellprojekts Clearingstelle“ | 13 |
| | Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1100 | |
| 9. | Überprüfung von Asylentscheiden konsequent umsetzen | 14 |
| | Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1101 | |
| 10. | Verschiedenes | 15 |

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss kommt überein, die in der Einladung ausgewiesenen Punkte 6, 7, 8, und 9 abzusetzen. Im Übrigen wird die Tagesordnung in der Fassung der Einladung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „IT-Verbund Schleswig-Holstein“

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1084](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/1780](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2018)

Die Vorsitzende weist auf den Änderungsantrag der antragstellenden Fraktionen, [Umdruck 19/1780](#), hin, welcher lediglich eine redaktionelle Änderung bezüglich des Inkrafttretens des Gesetzes enthalte. Sie trägt als weitere redaktionelle Änderung in § 11 Absatz 5 vor, statt „ein Dritter“ müsse es „ein Drittel“ heißen.

Als geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft innehabenden Städteverband Schleswig-Holstein trägt Herr Ziertmann vor, bei dem vorliegenden Gesetzentwurf bestehe Einigkeit in der kommunalen Familie. Weil er im Interesse aller kommunalen Landesverbände sei, bitte man um Zustimmung.

Der Gesetzentwurf gehe auf eine Ideenskizze der kommunalen Landesverbände aus dem Jahr 2017 zurück, die bisher für Fragen der Digitalisierung und elektronischen Verwaltung bestehenden Einheiten vor dem Hintergrund der Herausforderungen zusammenzufassen, die die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes - OZG - für die Kommunen und das Land darstellten. Die Landesregierung habe die Sicht der kommunalen Landesverbände in einer Vereinbarung vom 11. Januar 2018 bestätigt. Innerhalb eines Jahres habe man dann das Projekt durchgeführt, Organisationsgutachten und den Gesetzentwurf formuliert.

Das Land sei nach dem OZG verpflichtet, die Verwaltungsdienstleistungen portalgebunden online anzubieten. Gleichzeitig seien es die Kommunen, die den Bürgerinnen und Bürgern, Einwohnerinnen und Einwohnern eine Vielzahl dieser Verwaltungsdienstleistungen anböten. Die Verwaltungsstruktur in Schleswig-Holstein sei mit kleinen und großen Verwaltungen rela-

tiv heterogen. Eine solche Anstalt sei außerordentlich sinnvoll, um diese Verwaltungen bei der Aufgabenerfüllung zu unterstützen und die Prozesse zu koordinieren. Es komme zu positiven Nebeneffekten, beispielsweise dazu, dass über diese Anstalt alle Kommunen in Schleswig-Holstein in-house-fähig gegenüber Dataport würden.

Bei der Anstalt handele es sich somit um ein mit Wunsch und Willen aller Beteiligten entstandenes Instrument. Er bedanke sich bei der Landesregierung und allen beteiligten Institutionen für die Zusammenarbeit. Das Projekt sei mit Verwaltungsmodernisierungsmitteln aus dem Finanzausgleichsgesetz gefördert worden. Die Förderung habe sowohl der Zustimmung des Innenministeriums als auch des Landesrechnungshofs bedurft, der das Projekt ebenfalls für sinnvoll halte. In der letzten Verwaltungsratssitzung sei noch einmal bestätigt worden, dass auch die Wirtschaftsverbände, also die Industrie-, Handels- und Handwerkskammern, es für außerordentlich sinnvoll hielten, dieses Projekt in kommunaler Verantwortung umzusetzen.

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen, [Umdruck 19/1780](#), und der von der Vorsitzenden vorgetragenen redaktionellen Änderung zu. Ebenfalls einstimmig beschließt er, den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/1084](#), dem Landtag in so geänderter Fassung zur Annahme zu empfehlen.

**2. Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Abschiebungshaft
in Schleswig-Holstein (Abschiebungshaftvollzugsgesetz
Schleswig-Holstein - AHaftVollzG SH)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/939](#)

(überwiesen am 26. September 2018)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1474](#)

hierzu: [Umdrucke 19/1582](#), [19/1598](#), [19/1610](#), [19/1624](#), [19/1638](#),
[19/1728](#), [19/1732](#), [19/1733](#), [19/1746](#), [19/1747](#),
[19/1748](#), [19/1753](#), [19/1754](#)

- Verfahrensfragen -

Abg. Dr. Dolgner bittet die regierungstragenden Fraktionen um Auskunft, wann die zweite Lesung zu dem Gesetzentwurf stattfinden solle. - Abg. Peters geht davon aus, dass dies nicht vor März 2019 der Fall sein werde.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/939](#), unter Einbeziehung des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/1474](#), durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden gegenüber der Ausschussgeschäftsführung bis 20. Dezember 2018 zu benennen.

3. Entwurf eines Gesetzes zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag - 22. RÄStV)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/1061](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2018)

- Verfahrensfragen -

Vorbehaltlich der Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung in der laufenden Plenartagung bittet der Ausschuss die Staatskanzlei um einen Bericht über die Vorlage, [Drucksache 19/1061](#), in einer seiner nächsten Sitzungen.

4. Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Landesverwaltungsgesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Volksinitiative zum Schutz des Wassers
[Drucksache 19/1092](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2018 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Petitionsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Dr. Dolgner äußert, es sei wünschenswert, dass der Gesetzentwurf der Volksinitiative auch an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen werde.

Der Ausschuss bittet den Petitionsausschuss, nach der Überweisung des Gesetzentwurfs der Volksinitiative zum Schutz des Wassers, [Drucksache 19/1092](#), die Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses nachrichtlich zu der gesetzlich vorgesehenen Anhörung der Vertrauenspersonen am 22. Januar 2019 einzuladen.

5. „Reichsbürger*innenbewegung“ in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 19/1069](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2018 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Vorbehaltlich der Überweisung der Vorlage an den Ausschuss während der noch laufenden Plenartagung beschließt der Ausschuss einstimmig, Vertreter des Innenministeriums und des Verfassungsschutzes zu bitten, in einer der nächsten Ausschusssitzungen über das Thema „Reichsbürger*innenbewegung“ in Schleswig-Holstein“ zu berichten.

6. Landesprogramm zum Schutz der Böden und zur Minderung des Flächenverbrauchs

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1010](#)

- Verfahrensfragen -

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

7. Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte schaffen

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1070](#)

- Verfahrensfragen -

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

8. Schaffung eines „Modellprojekts Clearingstelle“

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP

[Drucksache 19/1100](#)

- Verfahrensfragen -

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

9. Überprüfung von Asylentscheiden konsequent umsetzen

Antrag der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/1101](#)

- Verfahrensfragen -

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

10. Verschiedenes

- a) Abg. Dr. Dolgner teilt mit, die SPD-Fraktion ziehe den Antrag auf Aktenvorlage gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung, [Umdruck 19/1722](#), zurück.
- b) Die Vorsitzende teilt mit, dass die nächste Ausschusssitzung am 16. Januar 2019, ganztätig von 9 bis circa 18 Uhr, mit der Anhörung zur [Drucksache 19/896](#) - eSport auch in Schleswig-Holstein fördern - stattfinden werde.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 14:30 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin